

Landwirtschaft und Freihandel

Die entwicklungspolitische Sicht

Isolda Agazzi, Alliance Sud
Landwirtschaftlicher Klub, Bern, 7 März 2018

Agrarpolitik im Sinne der Agenda 2030

Eine entwicklungspolitisch vernünftige Agrar(handels)politik:

senkt Armut und Ungleichheit;

schützt das globale Klima und die lokale Ökologie.

Grossindustrielle Monoproduktion bewirkt das Gegenteil (Landgrabbing, Klimaschäden, Bodenerosion usw.).

Ziel ist die ökologisch und sozial nachhaltige bäuerliche Produktion.

Deren Förderung kann durchaus über die gezielte Schaffung von Marktvorteilen (Handelspolitik usw.) geschehen.

Wichtig ist aber auch die Unterstützung bei der Umstellung auf nachhaltige Produktionsweisen. Sonst profitieren nur kapitalkräftige Produzenten von den neuen Vorteilen; andere werden benachteiligt.

Tarifsystem der Entwicklungsländer (EL) und der am wenigsten entwickelten Länder (LDC)

- Alliance Sud hat den Marktzugang von Produkten aus EL und LDC stets befürwortet. Es handelt sich dabei hauptsächlich um landwirtschaftliche Produkte.
- Wir begrüßten die Entscheidung des Bundesrates im Jahr 2009, den LDC kontingent- und zollfreien Zugang („duty free quota free“) zu gewähren, wie es auch die EU im Rahmen des Programms „Alles ausser Waffen“ getan hatte und wie es die LDC von der Welthandelsorganisation (WTO) eindringlich fordern – bisher ohne Erfolg.
- In der Schweiz profitieren jene EL, die nicht in die Kategorie LDC fallen, vom allgemeinen Präferenzsystem (APS). Für einige EL existieren überdies aufgrund von Freihandelsabkommen reduzierte Einfuhrabgaben.

Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in die Schweiz

- 80% der landwirtschaftlichen Importe in die Schweiz kommen aus den Industrieländern, davon 72% aus Westeuropa und 3% aus den USA.
- Die übrigen 20% entfallen wie folgt auf die Entwicklungsländer:
- 10% Lateinamerika
- 7% Asien
- 2% subsaharisches Afrika
- sowie 1% Nordafrika.

Hauptimporte aus EL und LDC

- Kaffee (644 Millionen CHF, davon 80% aus EL)
- Bananen (102 Millionen CHF, davon 100% aus EL)
- Reis (89 Millionen CHF, davon 60% aus EL)
- Sonnenblumenöl (81 Millionen CHF, davon 60% aus EL)
- Palmöl (38 Millionen CHF, davon 83% aus EL)
- Nüsse (23 Millionen CHF, davon 80% aus EL)
- Kokosöl (18 Millionen CHF, davon fast 90% aus EL)
- Vanille (4,5 Millionen CHF, davon 60% aus EL)
- Erdnussöl (3,7 Millionen CHF, davon 90% aus EL)

- Danach kommen Honig, Gewürze und exotische Früchte (weniger als 50% der Importe aus EL/LDC) und Kakao, Fruchtsaft und Tee (weniger als 40% der Importe aus EL/LDC).
- Die LDC machen 1% der Schweizer Importe aus. Die wichtigsten Produkte sind Öle – Sonnenblumenöl, Palmöl, Kokosöl – Kakao, Kaffee und Vanille.

Initiative Fair Food

- Für Kaffee, Bananen, Kakao und andere wichtige Exportprodukte aus EL gibt es bereits erfolgreiche ökologische und Fairtrade-Alternativen. Sie würden durch die Initiative gestärkt.
- Kleinbäuerliche Betriebe, die (noch) nicht nachhaltig produzieren, bräuchten hingegen aktive Unterstützung bei der Umstellung und angemessene Umsetzungsfristen. Ansonsten:
 - hätten sie einen Nachteil gegenüber (Gross)Produzenten, welche die Umstellung aus eigener Kraft schaffen können.
 - müssten sie eventuell auf Exporte in andere Länder ausweichen.
- Spezifische Begleitmassnahmen und Umsetzungsfristen sind in der Initiative nicht vorgesehen – aber auch nicht ausgeschlossen

WTO – Stand der Dinge

- Die WTO erlaubt interne Stützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft, sofern diese den Handel nicht verzerren. Die WTO unterscheidet dabei drei Gruppen, die je mit einer Farbe gekennzeichnet werden.
- Die „orange Gruppe“ beinhaltet alle internen Stützungsmaßnahmen, die Handel und Produktion verzerren, da sie zu einem Anstieg der Produktion führen – je mehr ein Landwirt produziert, desto mehr Subventionen erhält er – und sich auf den internationalen Handel verzerrend auswirken. In dieser Kategorie sind nur minimale Stützungen („de minimis“) erlaubt;
- Die „blaue Gruppe“ entspricht der „orangenen Gruppe“, ist aber an verzerrungsmindernde Bedingungen geknüpft (Landwirte werden aufgefordert, die Produktion zu verringern); gegenwärtig gibt es hier kein Ausgabenlimit;
- Die „grüne Gruppe“ umfasst Subventionen, die keine oder nur eine geringe handelsverzerrende Wirkung haben. Es handelt sich insbesondere um Direktzahlungen, also produktionsunabhängige Beiträge.

- 2014 (letzte Meldung an die WTO) hatte die Schweiz in der „oranzen Gruppe“ 4'257 Millionen CHF zur Verfügung, von denen sie „lediglich“ 1'363 Millionen CHF nutzte (viel weniger als die 2'556 von 2013). Es handelte sich dabei vor allem um produktgebundene (direkte oder indirekte) Zahlungen, die vom Bund nach dem Kriterium der Anbaufläche ausgerichtet wurden.
- Die Entwicklungsländer (insbesondere Indien und China) verlangen eine drastische Senkung oder gänzliche Streichung dieser Zahlungen.
- Leider hat die Schweiz, anstatt die Zahlungen im Rahmen des „Schoggigesetzes“ (67,9 Millionen CHF pro Jahr) gänzlich zu streichen, diese durch produktgebundene Direktzahlungen an die Milch- und Brotgetreideproduzenten ersetzt und die Beiträge sogar noch erhöht. Diese Zahlungen fallen in die „orange Gruppe“ (sind noch nicht angerechnet)

- Alliance Sud vertritt die Meinung, dass die Schweiz die internen handelsverzerrenden Stützungen massiv reduzieren, wenn nicht gar ganz streichen muss. Durch diese Stützungsmaßnahmen geraten die Produzenten aus den EL unter starken Preisdruck, welcher ihren Entwicklungsbemühungen entgegen steht.
- Mindestens sollte die Schweiz für die formelle Annahme der 2008 von der WTO vorgesehenen Reduktionen sorgen. Dies würde bedeuten, dass die Schweiz die „orange Gruppe“ um 52,5% auf 2'022 Millionen CHF verringern müsste. Die letzten Meldungen gehen sogar unter dieser Höhe. Von einer entwicklungspolitischen Perspektive ist das sehr positiv. Idealerweise sollte man sie aber ganz streichen und sie durch nicht handelsverzerrende Stützungen ersetzen, also Stützungen, die nicht Produktspezifisch sind.

- Die WTO ist die einzige Institution, welche in der Lage ist, landwirtschaftliche Subventionen zu disziplinieren. Durch Freihandelsabkommen werden zwar Zollgebühren gesenkt, nicht aber Subventionen.
- An sich sind weder Subventionen noch Direktzahlungen das Problem, sondern die Tatsache, dass zu Preisen unter den Produktionskosten exportiert wird. Dies schafft einen unlauteren Wettbewerb für die Produzenten in den EL, welche keine Subventionen erhalten.
- Zollermässigungen, von der Doha-Runde ebenfalls angestrebt (bis heute aber nicht umgesetzt), sind aktuell nicht auf der Tagesordnung der WTO.

Freihandelsabkommen

- Bisher ist es der Schweiz gelungen, ihre Landwirtschaft in den Freihandelsverhandlungen zu schützen.
- Die neuen Verhandlungspartner (MERCOSUR) fordern aber viel drastischere Zollerlässigungen.
- Alliance Sud unterstützt diese Forderungen nicht grundsätzlich, da davon insbesondere das Agrobusiness in Argentinien, Brasilien etc. profitieren würde.
- Wie eingangs erwähnt unterstützen wir eine bäuerliche und ökologisch nachhaltige Agrarpolitik, welche zur Verringerung der Armut und der Ungleichheiten beiträgt.